Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Amt 4 Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen einschließlich 1.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Reinmerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur werktags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Reinmerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompareilleizeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefhinterlegung 30 Pf.

Nr. 44 | Dresden, Dienstag den 22. Februar 1921 | 32. Jahrg.

372 Abgeordnete gewählt

Berlin, 22. Februar. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen aus 29 von 32 Wahlkreisen können 372 Landtagsabgeordnete als gewählt gelten, und zwar 66 Deutschnationale, 52 Deutsche Volksparteiler, 78 Zentrumsabgeordnete, 21 Demokraten, 100 Sozialdemokraten, 24 Unabhängige, 27 Kommunisten und 4 Wirtschaftsparteiler. Diese Uebersicht ergibt sich aus den Wahlen nach den Kreiswahlvorschlägen, aus der Berechnung der Reststimmen in den Verbindungserklärungen und aus der Berechnung der Reststimmen für die Landeswahlvorschläge. Es fehlen noch die Ergebnisse aus den Wahlkreisen 15 (Gelsenkirchen) und 20 (Köln-Aachen).

•

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 22. Februar. Nach vorläufigen Feststellungen von amtlicher Seite fallen die Fraktionen im neuen Landtag, einschließlich der bisherigen 22 Mandate in Oberschlesien, in folgender Stärke zusammen werden: Mehrheitssozialisten 111 (94 gewählte Abgeordnete, 411 286 Reststimmen und 7 Mandate aus Oberschlesien), Zentrum 83, Demokraten 25. Somit ist die Stärke der bisherigen Koalitionsfraktionen 219 Abgeordnete. Dem stehen die Oppositionsparteien mit 153 Mandaten gegenüber. Sie verteilen sich im einzelnen: Deutschnationale 73, Unabhängige 28, Deutsche Volkspartei 36, Wirtschaftspartei 2, Welfen und Schleswiger 6, Vereinigte Kommunisten 30. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 12 [illegible] 338.

•

Das endgültige Ergebnis der preußischen Landtagswahlen liegt auch heute noch nicht vor, aber die bisher vorliegenden Ziffern bestätigen das, was schon gestern gesagt werden konnte.

Voraussichtlich wird eine, wenn auch knappe Mehrheit für die alte Koalition vorhanden sein, ob es freilich auch wird, wieder eine Regierung aus den gegenwärtigen Koalitionsparteien zu bilden, muß vorläufig dahingestellt sein. Das Bestreben unsrer Partei muß es sein, auch die Unabhängigen zur Mitwirkung und zur Mitverantwortung heranzuziehen. Die U. S. P. hat ja durch den Ausfall der Freukenwahlen gesehen, wohin sie mit ihrer bisherigen Taktik kommt. Derjenige Teil der Arbeiterschaft, der noch immer damit zufrieden ist, daß seine Vertreter im Parlament sich auf die Produktion von vielen Worten und vielen Radau beschränken, geht sowieso zu den Kommunisten. Diejenigen Arbeiter, die halbwegs zu denken anfangen, verlassen aber immer nicht die U. S. P., weil sie nur eine Partei unterstützen wollen, die die ihr bei den Wahlen verliehene politische Macht nicht auch so gut wie möglich im Interesse der Arbeiterschaft auszunützen versteht.

Von unserm Parteiinteresse aus gesehen, kann es uns ja nur recht sein, wenn die Unabhängigen sich durch eine falsche Taktik immermehr ruinieren und wir das erben, was bei ihnen jetzt überhaupt noch zu erben ist. Im Interesse des gesamten Sozialismus aber wünschen wir, daß das, was heute noch an politischem Gewicht bei der U. S. P. vorhanden ist, möglichst bald zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen wird.

Berlin, 22. Februar. Das Berliner Tageblatt untersucht die Frage, ob durch das Ergebnis der Landtagswahlen die alte preußische Koalitionskoalition gesichert sei und kommt zum Schlusse, daß durch die Wahlen die Koalition eine Stärkung erfahren habe, der eine erhebliche Schwächung der Opposition der Linken gegenüberstehe, während der Zuwachs der Deutschnationalen den Verlust der Deutschen Volkspartei nur um ein Drittel Mandate überflügeln dürfte. In einem Aufrufe zur Einigkeit fordert der Vorwärts die Unabhängigen zum Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf. Eine ernste Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien bestehe nur in der Frage des Zusammengehens mit den Bürgerlichen. Die Einigkeit der Sozialisten sei erforderlich sowohl zum Kampfe gegen die Rechtsparteien wie auch gegen den Terror der zersplitternden kommunistischen Minderheiten.

•

Ergebnis der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein

Kiel, 22. Februar. Auf Grund der nunmehr vollständig vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahl in Schleswig-Holstein entfallen auf die Deutschnationalen 2, Deutsche Volkspartei 2, Demokraten 1, Sozialdemokraten 4 Mandate. Für den Preußischen Landtag sind als gewählt zu betrachten 3 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteiler, 1 Demokrat, 6 Sozialdemokraten und 1 Kommunist.

•

Wahlsieg in Hamburg

Hamburg, 20. Februar. Nach einem glänzend geführten Wahlkampf gegen die Reaktionäre von rechts und links, die sich lebhaft bemühten, die sozialdemokratische Mehrheit zu beseitigen, hat die Sozialdemokratie Hamburgs am 20. Februar einen glänzenden Sieg davongetragen. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen schwächer als bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre. Die einzige Partei, die trotzdem an Stimmen gewonnen hat, ist die Sozialdemokratische Partei. Gegen 215 000 Stimmen im Vorjahre konnte sie 217 195 Stimmen verzeichnen. Deutsche Volkspartei, Demokraten und Deutschnationale haben gegen die Reichstagswahl erheblich verloren. Bezeichnend ist, daß Kommunisten und U. S. P. in der jetzigen Wahl zusammen 60 230 Stimmen aufzuweisen haben, während die U. S. P. allein in der Reichstagswahl 84 494 Stimmen zu verzeichnen gehabt hat. Die Mandatsverteilung läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, da nach ganz geringen Resultaten auf dem Landgebiet ausstehen, jedoch steht schon jetzt fest, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei in die Bürgerschaft einzieht und daß die Regierungsmehrheit aus Sozialdemokraten und Demokraten fest gesichert ist.

Hamburg, 21. Februar. Die gestern vorgenommenen Wahlen zur Bürgerschaft ergaben die folgende Verteilung der Mandate, wobei die bisherige Mandatsziffer in Klammern angegeben ist: Deutschnationale 19 (4), Deutsche Volkspartei 24 (13), Demokraten 22 (38), Mehrheitssozialisten 71 (62), Unabhängige 9 (13), Kommunisten 15 (bei der vorigen Wahl hatten sich die Kommunisten der Stimme enthalten). Der rechtsgerichtete Wirtschaftsbund erhält 6 (7) Mandate, die Grundeigentümer 3 (4). Die Wahlbeteiligung war schwächer als bei den letzten Wahlen.

•

Die Bremer Bürgerschaftswahlen

Bremen, 21. Februar. Das Ergebnis der bremischen Bürgerschaftswahlen stellt sich nach den Angaben des Statistischen Amts folgendermaßen: Es wurden abgegeben insgesamt bürgerliche Stimmen 97 414, sozialistische Stimmen 96 868. Damit haben die Bürgerlichen eine Mehrheit von 3796 Stimmen erzielt. In der Stadt Bremen erhielten: Deutschnationale 6026 (am 6. Juni 1920: 6067), Deutsche Volkspartei 33 646 (30 730), Demokraten 28 220 (19 978), Zentrum 3660 (2812), Kleinhandel 3527 (6102), Mehrheitssozialisten 35 070 (35 337), Unabhängige 35 708 (46 743), Kommunisten 11 257 (7482). Die Sitze zur Bürgerschaft verteilen sich wie folgt: Deutschnationale 6 (8), Deutsche Volkspartei 26 (22), Zentrum 2 (2), Kleinhandel 6 (8), Demokraten 19 (16), Mehrheitssozialisten 26 (28), Unabhängige 25 (37), Kommunisten 7 (5). Die bisher sozialistische Mehrheit ist beseitigt. Die Unabhängigen haben 11 000 Stimmen, meist nach rechts, verloren. Die Wahlbeteiligung war sehr rege, sie war besser wie bei dem Volksentscheid am 9. Januar. Es haben im Durchschnitt 93 v. H. sämtlicher Wahlberechtigten gewählt.

Ernährungskonferenz

Eigene Drahtmeldung

München, 22. Februar. In München begann gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes die Konferenz der Ernährungsminister. Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darin, daß für die freie Wirtschaft bezüglich des Getreides die Zeit noch nicht gekommen sei, daß ferner die öffentliche Getreidebewirtschaftung in irgendeiner Form nicht entbehrt werden könne.

Als die geeignete Form sah die weitaus überwiegende Mehrheit der Versammlung das Umlageverfahren an.

Im Laufe der Besprechungen wurden Bedenken geäußert gegen die von der Kommission des Reichswirtschaftsrats vorgeschlagene Einführung eines Monopols für den Umlauf von Getreide. Der Reichsminister Dr. Hermes gab die Erklärung ab, daß er diese Bedenken teile. Ferner erklärte er, daß vom 16. März an die Zuckerration des Kochmehles verbessert werden soll, indem es von da an nur noch zu 70 Prozent zugemahlen wird.

Keine getrennte Abstimmung

Paris, 22. Februar. Der Temps meldet aus London: Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien gemeinsam am 20. März stattfinden soll. Zur Sicherung der Abstimmung werden vier englische Bataillone nach Oberschlesien entsandt werden. An der Richtigkeit dieser Nachricht ist kaum zu zweifeln. — Wie wir auf Anfrage an zuständiger deutscher Stelle vernehmen, ist hier über diesen Beschluß bisher noch keine Nachricht eingelaufen.

Das Mißtrauensvotum für Albert Thomas

Genf, 22. Februar. In der letzten Sitzung der französischen Sozialistischen Partei wurde der Abg. Albert Thomas aufgefordert, entweder das Abgeordnetenmandat oder den Posten des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, das in Frankreich von den Sozialisten als kapitalistisches Organ betrachtet wird, niederzulegen. Albert Thomas ist entschlossen, der Aufforderung nicht Folge zu leisten, da er sowohl bei seiner Wahlerin wie auch bei den Gewerkschaften, die in der Amsterdamer Internationale vertreten sind, völliges Vertrauen genießt.

Demonstrationen in Kassel

Kassel, 21. Februar. Heute nachmittag um 4 Uhr wurde in sämtlichen Fabriken die Arbeit eingestellt. Etwa 20 000 Arbeiter versammelten sich auf dem Ruf der Sozialdemokratischen Partei auf dem Friedrichsplatz, um dort gegen jeden Versuch, den monarchistischen Gedanken wiederaufleben zu lassen, Protest zu erheben. Den Anlaß für diese Demonstration gab ein eigenartiger Vorfall in der vergangenen Nacht. Von unbekannten Tätern war die Villa des Oberbürgermeisters Scheidemann verbarrikadiert worden, so daß der Oberbürgermeister in einem Hotel übernachten mußte. Die sozialdemokratische Parteileitung macht diesen Vorfall den Deutschnationalen zum Vorwurf. Die Arbeiter zogen im langen Zuge durch die Straßen der Stadt, am Polizeipräsidium vorüber nach der Kasseler Allgemeinen Zeitung, dem deutschnationalen Organ. Unterwegs wurden große Demonstrationsreden gehalten.

Könntet ihr alles vergessen?

Von Karl Pinkau, M. d. R.

Gegenwärtig hört man oft den Ausspruch: „Im Kaiserreich war es schöner als in der Republik!"

Ist das wahr? Wir sagen nein! Es ist die alte Erscheinung, daß der Mensch das Schlechte, Unangenehme schnell vergißt und nur das Schöne in seiner Erinnerung hatten bleibt. So erzählt manches Soldat im Zivilleben gern die Erlebnisse der mancherlei schönen Stunden beim Militär, die gewissen, kleinlichen Schikanierungen seiner Vorgesetzten verschweigt er. Dieselbe Erscheinung haben wir im Volksleben. So sagen viele Menschen jetzt öfters, daß man für wenige Pfennige vor dem Kriege sich schöne Sachen kaufen und sich satt essen konnte. Allgemein stimmt das, daß eher auch vor dem Kriege, wo doch das deutsche Volk so zufrieden im Golde schwamm, viel elende Verhältnisse herrschten und Schulkinder hungerten, das hat man vergessen, und deshalb wollen wir in Nachstehendem das Gedächtnis dieser Vergeßlichen auffrischen.

Wir erinnern daran, daß in den 90er Jahren in der Sonneberger Spielwarenindustrie Wochenlöhne von 3,50 bis 4,50 M. gezahlt wurden, in der Korbwarenindustrie in Oberfranken und Kulmbach sich der Lohn pro Kopf auf 40 Pf. pro Tag stellte, daß in der Leuthen die Weber bei 12—14stündiger täglicher Arbeitszeit 7—9 M. pro Woche verdienten!

Im November 1901 wurde in der Dresdner Zeitung von Lehrern berichtet, daß sie in ihrer Schule Untersuchungen veranstaltet und dabei festgestellt hätten, daß seit Monaten 25 bis 30 Prozent ihrer Schulkinder kein Mittagbrot hatten.

Mitte November 1909 fand in rheinischen Blättern ein Aufruf in dem es hieß:

Die letzte amtliche Zählung hat ergeben, daß die Rheinprovinz 10 000 unterernährte Kinder unter 10 Jahren hat. Von diesen armen Geschöpfen, die zum Teil in trübsinniger Armut ein menschenunwürdiges Dasein führen, können mindestens 30 Prozent, also reichlich 3000, vollständig geheilt oder bestens 30 Prozent, also reichlich 3000, vollständig geheilt oder so weit gebessert werden, daß sie nicht mehr als Krüppel zu betrachten wären. Der Aufruf sagt, daß der Staat nichts für die armen Kinder tut, daß durch milde Gaben Geld gesammelt werden, damit blieben die Kinder Krüppel. Unterzeichnet war der Aufruf u. a. mit von dem Wm. Erlmann.

Am 13. März 1911 erschien im Leipziger Tageblatt ein Aufruf: „Dringende Bitte an alle, die ein Herz für die Kinder haben!" Es heißt es unter anderem: „Daß Kinder durch jahrelange Vermehrung, durch übermäßige Erwerbsarbeit geistig und körperlich verkümmern, daß sie durch Not und Gewissenlosigkeit ihrer „Ernährer" sittlich, moralisch und körperlich verkommen, um, um, und schließlich dem Staat zur Last anheimfallen. Wir bitten um Geldspenden". — Unter Leipziger Kinderfreunde, Geheimer Rat Prof. Dr. Sohm, Geheimer Leipziger Kinderfreunde, Geheimer Rat Prof. Dr. Sohm, Geheimer Rat Dr. Trubes und noch sehr weitere hervorragende Bürger der Stadt Leipzig hatten diesen Aufruf unterschrieben.

Am 8. Januar 1906 erschien in der Dresdner Zeitung ein Aufruf, in dem es hieß:

„Nach amtlichen Feststellungen sind in Dresden 400 Kinder vorhanden, die hungern, die die notwendigste Nahrung nicht haben, die sie zum notdürftigen Wachstum brauchen usw."

Dieser Aufruf erschien zum Abschlußbericht Gründungsjubiläum des Deutschen Reiches. Man hat um milde Gaben damit der Hunger der Kinder gestillt werden könnte. Unterzeichnet war der Aufruf von Oberbürgermeister Beutler und sämtlichen Spitzen der Dresdner Gesellschaft. — In Zeiten des Geldüberflusses: hungernde Kinder!

Wie sieht es der reiche Staat für die Vaterlandsverteidiger, für die Militärinvaliden von 1864/66 und 1870/71? 1000 Tage in Berlin in Kellerlöchern eine Invalidenversammlung. Herr Grebow, Vorsitzender des Verbandes der Militärinvaliden, berichtet über eine Petition, die die Lage der Invaliden bessern sollte. Er schilderte, daß die Kameraden Hunger leiden, er rüttelte auf, wenn es heißt: „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist", so fügen wir hinzu: „Gebt unsern Invaliden Brot, damit sie nicht vor Elend in die Grube fahren". Jetzt bekommen die Erwerbslosen monatlich 10 Mark. Da muß man stehlen oder betteln, wenn man nicht verhungern will. Da wir nichts bekommen, wollen wir eine Sterbekasse gründen, damit die Mitglieder der Notwendigkeit entholten sind, im Todesfall sich auf Kosten der Armenkasse begraben zu lassen. Er berichtete weiter, ein kürzlich verstorbener Leutnant a. D. Stadach habe dem Kampverein 15 000 M. vermacht — die invaliden Kameraden könnten hungern. Für uns habe man kein Geld.

Hat man das alles vergessen?

Im Freiburger Tageblatt (Nr. 37, 1918) baten ehemalige Veteranen um abgelegte Kleider, damit sie bei stürmenden Todesfällen ihrer Kameraden einen halbwegs anständigen Anzug anlegen könnten!

Habt ihr vergessen, daß 1910 der preußische Staat für die Gefängnisverwaltungen rund 11 400 000 M., dagegen sämtliche Krankenkassen Deutschlands an Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützungen nur 6 790 157 M. ausgab. Dagegen gibt die durch den Krieg arm gemachte Republik gegenwärtig für Wöchnerinnen und Schwangere jährlich 121 Millionen Mark aus. Spricht das zugunsten des alten Staates?

1909 kamen in Preußen 127 000 Frauen ohne jede Hilfe einer Hebamme nieder. Hat man das auch vergessen?

Der Sächsische Augenheilverein, Sitz Dresden, teilte in seinem 80. Jahresbericht mit, daß die sächsische Regierung die jährliche Staatsbeihilfe auf 3425 M. herabgesetzt habe. Der Verein behandelte eine Augenkranke unentgeltlich; sie mußte es jetzt abweisen, da er nicht die Mittel habe, sie weiter zu behandeln. Im demselben Jahre aber bewilligte die konservative Mehrheit des sächsischen Landtags dem Dresdner Kampverein 15 000 M. mehr. Das war im alten Staat!

Die Vertreter der verschiedenen Universitäten führten vor dem Kriege bittere Klage, daß ihnen die notwendigen Mittel für Ausstattung der Universitäten fehlten; Krankenhäuser gemangelten der notwendigen Betten und Apparate; die Universitäten konnten wegen Mangels an Mitteln nicht die notwendigen Neuanschaffungen ausführen, weil sie vom reichen Staat die nötigen Mittel nicht erhielten.

Die Sternwarte in Treptow konnte nur mit Hilfe der freien Gewerkschaften, die für 100 000 M. gestiftete